

Schwarzwälder Tageszeitung

„Aus den Tannen“

Allgem. Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw u. Freudenstadt — Amtsblatt für den Bezirk Nagold u. Altensteig-Stadt

Bezugspreis: Monatl. durch Post 1.80 M., durch Agent. 1.40 M., die Einzelnummer kostet 10 Pf. Bei Nichterhalten der Zeitung infolge höh. Gewalt od. Betriebsstörung besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung / Postfach-Konto Stuttgart 5780 / Telegr.-Adr.: „Tannenblatt“ / Telef. 11

Nummer 132

Altensteig, Donnerstag den 9. Juni 1932

55. Jahrgang

Der Wahlkampf beginnt!

Gewiß ist, daß es ein Wahlkampf von beispielloser Festigkeit wird, und die Regierung hat beschlossen, daß dieser Wahlkampf von beispielloser Festigkeit acht Wochen dauern soll! Begreife es, wer kann. Rücksichten auf die Reisezeit und vor allem auf die Ernte werden für die unnötige Hinausschiebung der Entscheidung angeführt. Aber weder die Reisezeit noch die Ernte sind Vorgänge, die bürokratischer Regelung unterliegen und am 31. Juli als abgeschlossen gelten können, weil es so verordnet wird. Wer auf Reisezeit und Ernte die Rücksicht nehmen wollte, die im Bereiche des Möglichen liegt, der müßte den Wahltermin so früh wie möglich ansetzen. Und wenn man denn schon am 26. Juni nicht glaubte festhalten zu dürfen, dann blieb immer noch der 3. Juli, der Tag, den die stärkste Partei, die Nationalsozialisten, empfohlen hatten. Hätte man sich daran, dann läme der weitaus größte Teil der Reisezeit und der Erntezeit außerhalb des Wahlkampfes zu liegen.

Diese Wohltat hat die Regierung dem deutschen Volke versagen zu müssen geglaubt, indem sie nicht den denkbar frühesten, sondern den denkbar spätesten Termin wählte. Sie hat den Wunsch ausgesprochen, nach ihren Taten beurteilt zu werden. Aber sie wird sich nicht beklagen dürfen, wenn sie für diese ihre Tat von keiner Seite Dank erntet, zumal auch unter dem Gesichtspunkte, daß ein unnötig verlängerter Wahlkampf auch dem Geiste der Sparsamkeit widerspricht, der alle Maßnahmen der Behörden in dieser Notzeit leiten sollte.

Im selben Augenblick, da die Regierung den Wahltermin endlich bekannt gab, ist auch schon der Wahlkampf eröffnet worden, so schreiben die „Leipz. N. Nachrichten“, und zwar durch ihren Vorgänger, das Kabinett Brüning. Man macht von der Erklärung, womit Herr Brüning zugleich im Namen sämtlicher Mitglieder seines Kabinetts vor die Öffentlichkeit getreten ist, unseres Erachtens zu viel Aufhebens, wenn man sie durchaus zu einer Sensation steigern möchte. Das geschieht aus einer Auffassung der Dinge heraus, die dem Wandel der Zeiten nur ungenügend Rechnung trägt. Die Auffassung, daß abtretende Minister zum Schweigen verurteilt seien, ist in einer demokratischen Republik doch einfach nicht mehr haltbar. Wenn wir ehrlich sein wollen: sie war es schon unter der Monarchie nicht mehr. Bismarck hat sich im Ruhestande den Mund nicht verbieten lassen, und Wilhelm der Zweite und seine Minister haben nicht gewagt, gegen den Reichsgründer vorzugehen, so sehr sie unter seinen Angriffen auch zu leiden hatten.

Und wenn man mit Recht einwenden kann, Bismarck sei eine Ausnahmeerscheinung gewesen, für die das normale Maß nicht gelte, so ist hinzuzufügen: auch Bülow hat seine Entlassung nicht schweigend hingenommen. Er hat unmittelbar an seinen Rücktritt einen scharfen Angriff gegen die geknüpft, die ihn gestürzt haben. Und dieser Angriff schließt mit dem vielberufenen Wort: „Bei Philippi sehen wir uns wieder!“ Auch das hat die monarchische Regierung sich gefallen lassen müssen. Wenn aber die Frage, ob monarchische Minister nach ihrer Verabschiedung reden dürfen oder zu schweigen haben, unstritten sein mag, so liegen in einer demokratischen Republik die Dinge doch grundsätzlich anders. In Großbritannien — das im Grunde nichts anderes ist, als eine demokratische Republik mit einem erblichen Präsidium an der Spitze — wird der abtretende Ministerpräsident automatisch Führer der Opposition. Er kann dem Parlament sagen, was er zur Sache seines Rücktritts etwa noch zu sagen hat, und das Volk ist damit gegen Geheimnisträumerei und Geheimdiplomatie ausreichend geschützt.

Dabei ist in Großbritannien, dem Mutterlande des Parlamentarismus, eines nicht üblich: daß die neue Regierung die abtretende in ihrer Regierungserklärung unmittelbar angreift. Das war auch in Deutschland bisher nicht üblich. Im Gegenteil, man becomplimentierte sich höchstens ein wenig im Interesse der Staatsautorität. Hier hat das Kabinett Papen ein Novum eingeführt: Es fügte seiner Regierungserklärung ohne zwingenden Grund einen scharfen Tadel gegen das Kabinett Brüning ein. Darauf würden Herr Brüning und seine Minister — zu denen, man soll es nicht vergessen, auch so weit rechtsstehende Leute wie Schiele und Schlange-Schönungen gehören — vermutlich erwidert haben, wenn es im Reichstag zur Aussprache über die Regierungserklärung gekommen wäre.

Die neue preußische Notverordnung

Kürzung der Gehälter — Einführung einer Schlachtsteuer

Berlin, 8. Juni. Das preußische Kabinett hat heute abend die angekündigte neue Notverordnung erlassen. Der Wortlaut der Notverordnung wird morgen veröffentlicht werden.

Bei der Aufstellung des Etats für 1932/33 war mit einer Mindereinnahme von 478,6 Millionen Mark gerechnet worden. Davon wurden 207,2 durch Abstriche am Personaletat, von 169,4 Millionen durch Abstriche am Sachetat eingepart, sowie 2 Millionen durch Erhöhung des Staatsanteiles an den Anwartsgebühren gedeckt. Der Rest von 100 Millionen sollte ursprünglich durch die Ausgleichszahlungen des Reiches gedeckt werden.

Angeichts des Fortfalles dieser Ausgleichszahlungen hat die preußische Regierung nunmehr in der Notverordnung die Einführung der Schlachtsteuer vom 1. Juli ab beschlossen, die einen Ertrag von rund 90 Millionen bringen soll. Darüber hinaus waren aber zum völligen Ausgleich des Etats noch weitere Maßnahmen notwendig, da im laufenden Etatsjahr mit etwa 50 Millionen Mindereinnahmen an Steuern gerechnet wird. Die Notverordnung sieht deshalb eine Kürzung der Beamten- und Angestelltengehälter, und zwar mit 5 Prozent für ledige und kinderlose Verheiratete, und von 2 1/2 Prozent für Beamte und Angestellte mit Kindern vor. Diese Gehaltskürzung, die nur vorübergehend sein soll, ist als eine Zwangsanleihe gedacht und soll nach fünf Jahren vom 1. Juli 1937 ab in monatlichen Raten, die dem monatlichen Abzug entsprechen, wieder zurückgezahlt werden. In Todesfällen ist der ganze abgezogene Betrag an die Hinterbliebenen sofort auszuzahlen. Ebenso erfolgt die sofortige Auszahlung des gesamten Betrages beim Ausscheiden von Staatsangestellten und von Beamten unter Fortfall der Versorgungsbezüge. Eine entsprechende Regelung ist den Gemeinden für ihre Beamten und Angestellten vorgeschrieben worden.

Die Notverordnung sieht weiter zur Sicherstellung des Etats eine Änderung der bisherigen Bestimmungen über die Niederlegung der Hauszinssteuer in der Weise vor, daß bei Bedürftigkeit die Hauszinssteuer nicht mehr auf Antrag gegen die Katasterämter erlassen wird, sondern daß in Zukunft den Gemeinden ein entsprechender Betrag überwiesen wird, der dazu dienen soll, auf Antrag den

Wohlfahrtsunterstützungsempfängern zum Ausgleich für die Hauszinssteuerzahlungen gegeben zu werden.

In preußischen Regierungskreisen ist man davon überzeugt, daß durch die in dieser Notverordnung vorgesehenen Maßnahmen der Staatsausgleich durchgeführt werden kann. Im übrigen wird entgegen den verschiedenen in der Öffentlichkeit umlaufenden Gerüchten mit Nachdruck betont, daß hinsichtlich der Kassenlage Preußens keinerlei Bedenken bestehen. Die Kassenlage ist für das laufende Etatsjahr unter allen Umständen sichergestellt. Wenn die Einführung der Schlachtsteuer in den interessierten Kreisen Unruhe hervorrufen sollte, so wird demgegenüber in Kreisen der preußischen Regierung darauf hingewiesen, daß die Auswirkungen dieser Steuer zweifellos überdacht werden. Die Schlachtsteuer, die in Bayern und Sachsen bereits besteht, hat dort keine Anhaltspunkte dafür gegeben, daß die Fleischpreise durch sie beeinträchtigt worden sind. Der Finanzminister ist außerdem ermächtigt, bei Haushaltsmaßnahmen von der Erhebung der Schlachtsteuer Abstand zu nehmen, und er wird von dieser Ermächtigung soweit möglich Gebrauch machen.

Nationalsozialisten gegen die preußische Notverordnung

Berlin, 8. Juni. Wie der „Angriff“ ankündigt, werden die Nationalsozialisten der von der geschäftsführenden preußischen Regierung geplanten neuen Notverordnung den schärfsten Widerstand entgegensetzen. Dem Blatt zufolge haben gestern zwischen Landtagspräsident Kerl und verschiedenen Angehörigen der deutschnationalen Fraktion und des Zentrums Verhandlungen stattgefunden mit dem Ziele, zunächst einmal eine technische Basis für eine Ministerpräsidentenwahl zu finden. Diese Verhandlungen sollen ganz zwecklos gewesen sein. Es handelte sich dabei vornehmlich darum, insbesondere dem Zentrum klar zu machen, daß, wenn ein Ministerpräsident gewählt wird, als solcher unter allen Umständen nur ein Nationalsozialist in Frage käme. Wer von den Nationalsozialisten als Kandidat für den preußischen Ministerpräsidentenposten ausserhalb sei, sei parteiamtlich noch nicht festgelegt. Die Abgeordneten Kerl und Kube weisen übrigens heute in München um mit Adolf Hitler die ganze Preußenfrage nochmals abschließend eingehend zu besprechen, wobei auch die Kandidatenfrage entschieden werden dürfte.

Die Preußenfrage

Reichsregierung hält an der Bildung einer verfassungsmäßigen Regierung fest

Berlin, 8. Juni. Zu den Erörterungen über die Regelung der Verhältnisse in Preußen und den Behauptungen von Plänen der Reichsregierung, einen Reichskommissar in Preußen einzusetzen, wird von zuständiger amtlicher Seite mit allem Nachdruck betont, es ist absolut falsch, daß der Reichskanzler und die Reichsregierung auf die Einsetzung eines Reichskommissars in Preußen zusteuern. Im Gegenteil legen Kanzler und Reichsregierung den größten Wert auf die Bildung einer verfassungsmäßigen Regierung in Preußen, und sie sind bereit, an der Bildung einer solchen Regierung mitzuarbeiten.

Besprechungen des Kanzlers mit dem preußischen Zentrum

Berlin, 8. Juni. Reichskanzler von Papen empfing am Mittwoch Mitglieder des Vorstandes der preußischen Zentrumsfaktion, um ihnen seine Wünsche bezüglich früherer Einberufung des Landtages zum Zwecke der Ministerpräsidentenwahl und der Klärung der Lage in Preußen zu unterbreiten. Die Unterredung war unverbindlicher Natur. Der Reichskanzler brachte lediglich allgemein die Geneigtheit der Nationalsozialisten und Deutschnationalen zum Ausdruck, mit dem Zentrum in Preußen zusammenzuarbeiten. Nähere Bedingungen teilte er nicht mit, und so konnten ihm die Vertreter der preußischen Zentrumsfaktion auch keine bindende Antwort geben.

Das Zentrum zur Lage

Berlin, 8. Juni. Ueber die Sitzung des Reichsparteivorstandes der Zentrumspartei wird ein Bericht ausgegeben, in dem es heißt, daß der Vorsitzende Dr. Kaas in seiner einleitenden Ansprache zum Ausdruck brachte, daß er nach wie vor in unerwiderter Treue zu jenem Mann stehe, der in den letzten Jahren der Exponent des deutschen Volkes gewesen sei. Dr. Kaas richtete an alle Parteifreunde den Appell, sich der Größe der Stunde gewachsen zu zeigen. Es komme jetzt weniger darauf an, wer Recht bekomme, als wer Recht habe. Der Tag werde kommen.

Dazu aber ist es nicht gekommen. Der Reichstag ist, ohne noch einmal zusammengetreten zu sein, aufgelöst worden! Es war also nicht nur das gute Recht des verflorenen Kabinetts, solidarisches vor die Öffentlichkeit zu treten und sich dem Angriff des neuen Kabinetts zu stellen, es war seine Pflicht, der Öffentlichkeit Rechenschaft abzulegen über die Dinge, die die Erklärung des neuen Kabinetts vor aller Öffentlichkeit so schwer gestandelt hatte. Man hätte annehmen dürfen, daß das neue Kabinett auf die Erwidrerung des alten die Antwort nicht schuldig bleiben werde; die Regierung von Papen will aber auf eine Entgegnung verzichten. Das ist bedauerlich, denn nunmehr ist es der Öffentlichkeit erschwert, sich ein Bild davon zu machen, was hinter den Kulissen vorgegangen ist. Daß uns diese Möglichkeit geboten wird, soll man aber nicht für ein Unglück halten.

Es ist weder nötig noch wünschenswert, daß der achtwöchige Wahlkampf ausschließlich mit Verdächtigungen und Beschimpfungen der Gegner untereinander bestritten wird. Jeder ordentliche Wahlkampf sollte ein geistiger Ringkampf sein. Das kann er aber nur werden, wenn die, die ihn auszufechten haben, klar sehen, worum es geht. Darin erblicken wir den großen Vorzug einer Auseinandersetzung zwischen alter und neuer Regierung, daß sie uns die Möglichkeit, klar zu sehen, verschaffen muß. Wenn beispielsweise schon das Kabinett Papen einen Teil der Notverordnung des Kabinetts Brüning zu übernehmen entschlossen ist, so kann es doch nichts schaden, wenn uns das Kabinett Brüning vorher noch darüber aufklärt, was in seiner Notverordnung hätte stehen sollen.

Wird die Auseinandersetzung in den Formen weitergeführt, wie sie eröffnet worden ist, so kann das Volk der deutschen Wähler nur Gewinn daraus ziehen.

Lesen Sie unsere Zeitung

Rundfunk

Freitag, 10. Juni: 8 Uhr Gymnastik, von 10 bis 13.30 Uhr Schallplatten, Nachrichten, Wetter, 14.30 Uhr Enallscher Sprachunterricht, 17 Uhr Konzert, 18.15 Uhr Zeit, 18.25 Uhr Vortrag: Es ist überall dasselbe! — Ist es überall dasselbe? 19.50 Uhr Vortragsvortrag: Ueber Desinfektion, 19.15 Uhr Zeit, 19.30 Uhr Volkslieder aus dem Osten, 20 Uhr Vortrag: Worüber man in Amerika spricht, 20.15 Uhr Leichtes Kavallerie von Suppe, 21.15 Uhr Eine Schulfestrede im Jahre 3000, 22.20 Uhr Zeit, 22.45 Uhr Nachtmusik.

Buntes Allerlei

Kriegsbeschädigte kapern einen Güterzug

Seit Monaten geht in den Vereinigten Staaten der Kampf zwischen der Regierung und den vereinigten Verbänden der Kriegsveteranen und der Kriegsteilnehmer um eine Erhöhung der Rente und um eine einmalige Unterstützungsspende für die notleidenden Kriegsteilnehmer in der Höhe von ungefähr 2 Milliarden RM. nach deutschem Gelde.

Als die Regierung stattdessen auf eine Verkleinerung hinansanderte oder wenigstens von den alten Soldaten als solche aufgefaßt wurde, kam es zu heftigen Zusammenstößen zwischen Propagandajägern der Veteranen und Insaliden und der Polizei. Ein Höhepunkt dieses Kleinkrieges, der nicht in geringem Maße die Öffentlichkeit beschäftigt, ist jetzt erreicht worden. Im Staate Illinois spielte sich ein Vorfall ab, der alle Merkmale trug, die ihn zu einem internationalen Skandal hätten machen können, der aber sehr schnell beigelegt wurde. Die „W. Z.“ berichtet darüber: Eine Abordnung von 300 Kriegsbeschädigten war auf der Reise quer durch Amerika, um in Washington dem Präsidenten Hoover noch einmal persönlich die Dringlichkeit einer sofortigen Regierungsaktion für die notleidenden alten Soldaten vor Augen zu halten.

Ohne einen Pfennig Geld waren diese 300 alten Frontkämpfer aufgebrochen und hatten sich teils als blinde Passagiere, teils als von den Schaffnern und Beamten willig übersehene Fahrgäste bis nach Cahonville im Staate Illinois vorwärts gebracht. Sie

tamen aus Fortland an der pazifischen Küste, hatten also schon ein ansehnliches Stückchen Wegs hinter sich. In Cahonville erreichte sie ihr Schicksal. Die Direktion der Baltimore und Ohio Eisenbahngesellschaft hatte auf irgend eine Weise Wind von 300 unerwünschten und nichtzahlenden Passagieren bekommen, hatte einen strengen Ueberwachungsdiens eingrichtet und die 300 Männer sehr schnell an die Luft befördert.

Da sahen sie nun in Cahonville, die 300: den eigenen Hunger neben sich und die Not der Kameraden und der Angehörigen im Rücken. Keine zehn Dollar konnten an barem Geld unter ihnen aufgetrieben werden.

In ihrer Verzweiflung tamen die Männer auf einen besonderen Einfall. Sie hielten vor den Toren von Cahonville einen Frachtzug auf und forderten die Beamten auf, sie mitzunehmen. Die Zugführer, die strengen Vorschriften ihrer Direktion in Erinnerung, weigerten sich, trotzdem die Frachtwagen zur Hälfte leer waren. Das war zu viel für die alten Soldaten. Jetzt nahmen sie ihre Sache selbst in die Hand. Sie warfen das Bahnpersonal aus dem Zuge und — nahlen im wörtlichsten Sinne den ganzen Güterzug. Mit Vollbampf ging es jetzt Washington entgegen.

Ein paar Stunden ging alles gut, aber in der Zwischenzeit war in Springfield die Garnison der National Guard alarmiert worden. Sechs Kompanien mit zwei Maschinengewehrabteilungen, so besetzten sie das Bahngleis, auf dem der gestohlene Zug entlangkommen mußte. Bald war er da; vor aufgeregten Gleisen mußte er halten. Alle Waffen waren entführt; die Atmosphäre war mit mörderischer Spannung geladen. Jede Sekunde konnte das Blutbad bringen, denn die Veteranen weigerten sich entschieden, aus dem Zuge herauszukommen.

Da erschien der Polizeichef von Cahonville. Mit sich brachte er den Regierungsauftrag, die 300 Veteranen in Sonderzügen, gestellt von der Verwaltung des Staates Illinois, nach Washington zu bringen. Und auf diese Nachricht gaben die alten Soldaten den gestohlenen Zug frei.

Humor

S o s a s t. Schriftsteller (zu einem Wohnungsnachbar): „Haben Sie im Theater schon mein neues Stück gesehen, in dem sich ein Ehepaar beständig zankt?“ — Nachbar: „Nein, aber ich kenne es doch. Ich hörte, wie Sie es, meistens abends, mit Ihrer Frau einübten.“

Letzte Nachrichten

Adolf Hitler spricht im Rundfunk

Berlin, 8. Juni. Wie wir aus zuverlässiger Quelle erfahren, wird Adolf Hitler am Dienstag, den 14. Juni, nachmittags von 7 Uhr bis 7.30 Uhr auf der Deutschen Welle über die Staatsidee des Nationalsozialismus sprechen.

Die Stadt Duisburg stellt den Zinsendienst für ihre 7-Millionen-Anleihe ein

Duisburg, 8. Juni. Die Stadt Duisburg-Hamborn ist zurzeit nicht in der Lage, die auf 1. Juli fälligen Zinscheine der 7 Millionen-Reichsmarkanleihe einzulösen. Die Stadt begründet dies mit der ungeklärten Lage, die die Stadt zwingt, alle vorhandenen flüssigen Mittel im Augenblick zur Bezahlung der Unterstützung für die Wohlfahrtspflege bereitzuhalten. Die Stadt wird sich bemühen, den Zinsendienst so bald wie möglich wieder aufzunehmen.

Dr. Brüning Ehrenbürger der Stadt Münster

Münster, 8. Juni. In einer geheimen Stadtverordnetenversammlung wurde mit großer Mehrheit (gegen 2 Nationalsozialisten und 1 Kommunisten) die Vorlage des Magistrats, dem ehemaligen Reichsfanzler Dr. Brüning das Ehrenbürgerrecht der Stadt Münster zu verleihen, angenommen.

Ein spanischer Dampfer mit 800 Passagieren auf Grund geraten

London, 8. Juni. Wie Lloyds meldet, befindet sich ein spanischer Dampfer, der spanische Dampfer „Teide“ südlich der Insel Fernandopo mit 800 Passagieren an Bord auf Grund. Die ganze Besatzung wurde von dem englischen Dampfer „Lagan“ an Bord genommen.

Wetter für Freitag und Samstag

Ueber Mitteleuropa bildet sich allmählich ein Hochgebiet heraus, unter dessen Einfluß für Freitag und Samstag mehrfach heiteres und vorwiegend trockenes Wetter zu erwarten ist.



RM. 5000
— Preise in bar —
und herrliches Haar!

Eine interessante Aufgabe stellt Ihnen Schwarzkopf in seinem neuen Prospekt „Kopf zerbrochen“! Lassen Sie sich diesen Prospekt kostenlos im Fachgeschäft aushändigen: Preise winken für 5 Minuten Kopfzerbrechen! — Und gleichzeitig hören Sie Genaueres über „Haarglanz“, die wissenschaftliche Vervollkommnung der Haarpflege: „Haarglanz“ neutralisiert das Haar, erhält es straff, elastisch und gesund. Das Haar läßt sich leichter und haltbarer frisieren und erfreut Sie und andere durch seinen wundervollen Glanz! „Haarglanz“ liegt je dem Beutel Schwarzkopf-Schaumpon bei. Weiße Packung 20 Pfg., grüne Extra-Packung und Extra-Blond mit Schaumbrille 27 Pfg.

SCHWARZKOPF - HAARPFLEGE

vollkommen durch „Haarglanz“

Am nächsten Freitag, den 10. Juni, nachmittags 6 Uhr wird die sofortige

Beifahrer von 20 cbm Kalksteinschotter

auf dem Rathaus im Abstreich vergeben.

Nichelberg, den 7. Juni 1932. Der Gemeinderat.

Besenfeld.

Die Gemeinde sucht einen jungen, sprungfähigen

Zuchtfarren



mit Abstammungsnachweis zu kaufen. Angebote unter Angabe des Alters und des Preises an das Bürgermeisteramt.

Statt Karten und jeder besonderen Einladung!

Unterkollbach — Hornberg.

Hochzeits-Einladung.

Wir beehren uns, Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer

am Samstag, den 11. Juni 1932

im Gasthaus zum „Röble“ in Igelsloch stattfindenden Hochzeitsfeier freundlichst einzuladen.

Christian Stoll	Marie Kirn
Sohn des	Tochter des
Michael Stoll, Landwirt	Johann Georg Kirn jr.,
in Unterkollbach	Landwirt in Hornberg

Kirchgang um 12 Uhr in Igelsloch.

Die neu vorgeschriebenen

Formulare für das Meldewesen

sind vorrätig in der

Buchhandlung Lank in Altensteig und Nagold.

Zumweiler.

Zwangsversteigerung.

Am Freitag, den 10. Juni, nachmittags 3 Uhr verkaufe ich gegen bare Bezahlung an den Meistbietenden ein

3. tertiges Schlafzimmer

Zusammenkunft beim Rathaus.

Gerichtsvollzieherstelle Nagold.

Mähmaschinen-Messer

schleift und neue Messer setzt ein

Fr. Koller, Messerschmied Nagold.

Die billige Familien-Zeitschrift für jedermann

KOSMOS

3 Hefte mit vielen Bildern und ein- und vielfarbigen Texten und

1 hochinteressantes Buch im Vierteljahr für nur RM

1.85

Anmeldung jederzeit durch

Bestellstelle des Kosmos Buchhandlung der Naturkunde, Stuttgart

Buchhandlung Lank in Altensteig und Nagold.

Besenfeld, den 9. Juni 1932.

Todes-Anzeige.



Unerwartet rasch ist meine liebe, gute Frau, unsere liebe Mutter, Tochter, Schwester, Schwiegertochter, Schwägerin und Tante

Frieda Finkbeiner

geb. Hornberger

im Alter von 32 Jahren von uns in die ewige Heimat abgerufen worden.

In tiefer Trauer:

der Gatte: **Fritz Finkbeiner** mit seinen 3 Kindern

Die Beerdigung findet am Samstag nachmittag 2 Uhr statt.

Verkaufe eine junge, trächtige

Rug- und Fahr-Ruh



unter drei die Wahl, oder Kalbin 39 Wochen trächtig

Bauer, Herzogsweiler.

Relinquen Sie Ihr Blut!

Dr. Ballebs Blutreinigungstee „Malkur“ ist das Beste.

Löwen-Drogerie Hiller Marktplatz.

Altensteig.

Blikableiter

fertigt in bestens bewährter Ausführung

Franz Müller,

Flaschnerei u. Installationsgeschäft beim Postamt. Telefon 110.

Beratungen u. Kostenvoranschläge umsonst. Prüfung vorhandener Anlagen billigt.